

Momentaufnahmen und Impressionen des Protests

Marg, Stine/ Geiges, Lars/ Butzlaff, Felix/ Walter, Franz (Hg.):

Die neue Macht der Bürger? Was motiviert die Protestbewegungen?

BP –Gesellschaftsstudie, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 2013

Ein Team junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Göttinger Instituts für Demokratieforschung um seinen Leiter Franz Walter hat mit diesem Band eine Reihe qualitativer Studien zu aktuellen Protestbewegungen in Deutschland vorgelegt. Entstanden sind damit interessante Momentaufnahmen und Impressionen des Protestes auf der Ebene von Einstellungen, Lernerfahrungen, Deutungshorizonten und Motivationen.

Die Kontroverse über die „BP“-Gesellschaftsstudie

Die besprochene Studie hat direkt nach ihrem Erscheinen für Aufregung deswegen gesorgt, weil die Forschungsmittel von BP zur Verfügung gestellt worden sind. Franz Walter und sein Team haben sich hierzu umfassend geäußert. Eine inhaltliche Einflussnahme des Geldgebers hat es nicht gegeben (Institut für Demokratieforschung 2013). Die wachsende Bedeutung der Einwerbung von Forschungsetats aus der Wirtschaft – derzeit liegt der Anteil der Drittmittel an der Gesamtfinanzierung der deutschen Hochschulen bereits bei 26 Prozent – hat mit Recht die Aufmerksamkeit für Formen der Einflussnahme gesteigert, die dann oftmals erfolgt (hochschulwatch.de). So aber tritt die BP-Gesellschaftsstudie schlicht neben die schon lange etablierte Shell-Jugendstudie oder die im vergangenen Jahr erstmals erschienene Generali-Altersstudie, die insgesamt die Debatten bereichern. Als Kern der Kritik bleibt vor allem der wissenschaftspolitisch äußerst missliche Umstand einer in Deutschland insgesamt nur schwach ausgebildeten Bewegungsforschung, die eine wichtige und möglicherweise auch wachsende Funktion im Rahmen einer inter- wie transdisziplinären Zivilgesellschaftsforschung (IpB 2013; Klein/Schwalb 2013; Eder u.a. 2013) zu spielen hat. Der zweifellos bedeutende Beitrag der Zivilgesellschaft, von Protesten, bürgerschaftlichem Engagement und intermediären Organisationen erfordert daher auch neue wissenschaftspolitische Akzentsetzungen.

Zur Anlage der Studie

Die Gesprächspartner: Gefragt wurden Aktivisten aus einzelnen Protestzusammenhängen, die im Überblick ein sehr breites und heterogenes Protestspektrum abbilden: Occupy und Anti-Atomkraft-Bewegung im Wendland und der Region Braunschweig, Opponenten gegen Infrastrukturprojekte in Stadtentwicklung (das Netzwerk „Recht auf Stadt“ aus Hamburg, die Proteste gegen Stuttgart 21 und den Ausbau des Münchener Flughafens), aus dem Protest gegen die Energiewende in kleinen Gemeinden, Kommunen und Dörfern, die pro- und contra-Proteste zur Bildungspolitik in Hamburg 2008-2010 zur geplanten Schulreform (die Kontroverse zwischen dem Bündnis „Wir wollen lernen“ und „Die Schulverbesserer“), von Anti-Euro-Protesten (Bundesvereinigung Freie Wähler, die Strömung „Liberaler Aufbruch“ in der FDP bis zur August-von-Hayek-Gesellschaft), von Internetprotesten gegen das Anti Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) im Februar 2012 und von satirischen Protestgruppen („Die Partei“ und die „Front deutscher Äpfel“).

Das Forschungsinteresse: Vor dem Hintergrund eines demografischen Wandels, in dem die protesterfahrene (westdeutschen) Generationen der „1968“ und deren Nachfolger in den 1970er und frühen 1980er Jahren bei der Nutzung unkonventioneller Formen der Partizipation in den kommenden Jahren als hochmotivierte „aktive Alte“ eine zentrale Rolle spielen dürften, ist eine Analyse von Einstellungen und Motiven des Protestes ebenso von Interesse wie mit Blick auf eine wachsende Verdrossenheit gegenüber den Akteuren der repräsentativen Demokratie und auf die schwindende gesellschaftliche Integrationskraft von Parteien, Verbänden und Kirchen (S. 10). Für die Forschergruppe waren daher zurückliegende Erfahrungen im bürgerschaftlichen Engagement mit gesellschaftlichen Strukturen und politischen Institutionen und die daraus entwickelten aktuellen Einstellungen und darauf bezogene Lernprozesse, aber auch emotionale Dimensionen von Interesse: „Welche Vorstellungen von Demokratie, Parteien, Politik und Gesellschaft leiten die Aktivisten? Was verbinden sie mit bestimmten, für unsere Gesellschaft zentralen Werten wie Verantwortung, Gerechtigkeit, Gleichheit oder Freiheit? Und was erwarten sie generell vom Staat und der Politik?“ (S. 11f.) Ein besonderer Akzent der Forschergruppe liegt auf dem Demokratieverständnis der Aktivisten.

Zur Methodik: Gefragt wurden in ca. 80 Einzelinterviews und in 18 Gruppendiskussionen „Wortführer des Protests“, die auf Veranstaltungsbesuchen identifiziert wurden, und von ihnen empfohlene weitere Gesprächspartner. Die

Gespräche wurden im Selbstverständnis „teilnehmender Beobachtung“ geführt und systematisch ausgewertet. In den Einzelinterviews fand die Methodik des „narrativen Interviews“ (Fritz Schütze), des „fokussierten Interviews“ (Robert K. Merton/Patricia Kendall) und des „verstehenden Interviews“ (Jean-Claude Kaufmann) Anwendung. In den Gruppendiskussionen wurden keine existierenden Realgruppen befragt, sondern aus den eingeladenen Teilnehmern sieben Untersuchungsgruppen gebildet, mit denen je Protestfeld ein bis vier Fokusgruppengespräche mit zweieinhalb bis dreistündiger Dauer auf Basis teilstandardisierter Leitfaden, unter Verwendung von assoziationsanregenden Bildern und Fotografien, von Szenarien, Plan- und Kreativspielen geführt wurden. Im letzten Themenblock wurde in einem Gedankenexperiment zudem nach Lösungen und Alternativen sowie nach Visionen und Hoffnungen einer „idealen Gesellschaft“ gefragt. Die mitprotokollierten, aufgezeichneten und transkribierten Gesprächsergebnisse wurden zusammen mit Notizen und Aufzeichnungen der Teilnehmer und Bildmitschnitten der Interviews ausgewertet, begleitet von einem Forschungstagebuch, das mögliche Einflussnahmen auf das Gespräch kontrollieren sollte. Ein standardisierter Fragebogen erfasste zudem sozialstatistische Daten der Studienteilnehmer.

Ausgewählte Befunde

Um überhaupt den Kontext des Protests der jeweils untersuchten Aktivisten darstellen zu können, ist die qualitative Forschung angewiesen auf die vorliegenden Befunde einer auf soziale Bewegungen und deren Netzwerke ausgerichteten Forschung mit ihren historischen Längsschnittanalysen, ihren auf Netzwerkbildung, politische Gelegenheitsstrukturen, Ressourcenmobilisierung oder auch die strategischen Zielsetzungen (framing) oder kollektive Identitätsbildung ausgerichteten politikwissenschaftlichen und soziologischen Analysen unter Einschluss systematisch erhobener quantitativer Befunde. Die Forschergruppe greift zur Einführung in die jeweiligen Protest- und Bewegungsfelder natürlich auch auf derartige Informationen zurück. Die soziostatistischen Angaben der vorliegenden qualitativen Studie können keine repräsentativen Ansprüche erheben. Sie werden im Rahmen der Befunde dennoch aufgegriffen, da sie Auskünfte über die an den Interviews beteiligten Aktivisten geben.

Die hier ausgewählten Befunde geben Einblicke in die Vorstellungswelt einzelner Aktivisten in einem sehr heterogenen Spektrum von Protesten und Bewegungen. Sie regen jenseits repräsentativer Erkenntnisansprüche vor allem zur Diskussion an, was ja eine qualitative Studie auszeichnet. Inwieweit dabei Deutungen des Forscherteams selber strittig sind, wird weiter unten zu diskutieren sein.

Protestakteure im städtischen Raum:

- Sie nutzen, so das Hamburger Beispiel, in starkem Maße die über Jahrzehnten gewachsenen Netzwerk eng verbundener Aktivisten und arbeiten „pragmatisch und abgeklärt“ mit den lokalen Institutionen der repräsentativen Demokratie zusammen.
- Gerade die Proteste um Stuttgart 21 machen deutlich: Die befragten Protestakteure verfügen über Bildung (die meisten Interviewten haben einen Universitätsabschluss), eine lange Berufskarriere und verfügen bereits über eigene Protesterfahrungen. Sie sind mit einem breiten Expertenwissen ausgestattet.
- Die Proteste gegen den Münchener Flughafenausbau werden über die Dachorganisation „AufgeMUCKt“, die über 80 Bürgerinitiativen verbindet, koordiniert, in der die Jugendorganisationen des BUND, der Deutschen Katholischen Jugend und der Evangelischen Jugend beteiligt sind und eine zentrale Rolle einnehmen.

Proteste gegen die Energiewende:

- hier sind drei Viertel der Befragten männlich und ein überwiegender Teil hat einen naturwissenschaftlichen oder technischen Hintergrund; über 80 Prozent sind über 45 Jahre alt und zwei Drittel sind berufstätig.
- 15 Prozent der befragten Aktivisten kommen aus Umweltverbänden, Umweltbewegung oder Anti-Atom-Bewegung, knapp 10 Prozent haben Erfahrungen als kommunale Mandatsträger oder auch Bürgermeister oder Ortsvorsteher. Insgesamt haben 40 Prozent der Aktivisten Erfahrungen mit bürgerschaftlichem Engagement, wobei das lokale Vereinswesen mit 15 Prozent eine Rolle spielt.
- Im Zentrum protestleitender Orientierungen steht eine „ökologische und notwendige Energieversorgung“ und – anders als der Begriff „Umwelt“ der klassischen Ökologiebewegung“ – der Schutz der „Heimat“, d.h. ein Begriff, der sich auf die lokale Lebensqualität bezieht. Der politische Gestaltungsanspruch ist klar erkennbar: „Man will politisch mitprägen und, in einem zweiten Schritt, die Demokratie beziehungsweise die Aushandlungsprozesse in der jeweiligen Gemeinde und dem Bundesland mitkonzipieren.“ (S. 110)
- Vor dem Hintergrund einer, so die Autoren, beinahe schon „manichäischen“ Unterscheidung von Wirtschaft und Gesellschaft (S. 118) bei den befragten Naturwissenschaftlern und Ingenieuren soll der Protest Gesellschaft gestalten und ein Gegengewicht zum Einfluss der Wirtschaft darstellen. Demokratie ist für die befragten Aktivisten ein Zentralbegriff, der sich nicht in wiederkehrenden Wahlen erschöpft. Die Aktivisten verstehen sich als „Vertreter des ‚Allgemeinwohls‘“, für die „kein Widerspruch zwischen Demokratie als Entscheidungsprozess durch die

Mehrheit und der für sie zwingenden Notwendigkeit (existiert), dass sie sich als faktische Minderheit mit ihrem Anliegen durchsetzen“ (S.122). Sie adressieren sich an die Politiker, um deren technischen Sachverstand zu verbessern und sind distanziert gegenüber dem dominanten „Parteiengezänk“ (S.125). Stattdessen sollen, so die Studie, „Planbarkeit, ... unideologische Sachlichkeit und reine Objektivität“ (S. 128) gestärkt werden. „Eben weil die von uns Befragten im Grunde Technokraten sind, auf eine ‚Herrschaft der Sachgesetzmäßigkeiten und ihre technischen Imperative‘ setzen, spielen Politik und Politiker in ihrer Gedankenwelt eine untergeordnete Rolle.“ (S. 129f.) Auf diese Interpretation werde ich in der Ergebnisdiskussion zurückkommen.

Proteste im Bereich der Bildungspolitik:

- Die Hamburger Kontroverse über die Schulreform wurde „fast ausschließlich im bürgerlichen Lager ausgetragen“ (S. 143) und es waren in beiden Lagern bei den Befragten überdurchschnittlich Frauen engagiert (S. 149).
- Während die Gesamtschulbefürworter eher dem postmateriellen Milieu zuzurechnen sind und zuvor intensive Erfahrungen in sozialen Bewegungen gemacht haben (S. 148), sind die Verteidiger des bestehenden Schulsystems eher an den traditionellen Werten von Besitz und Status orientiert (S. 144);
- Beide Gruppen, also auch die Verlierer der Auseinandersetzung, bewerten die Zeit ihres intensiven Protestengagements im Rückblick positiv.

Anti-Atomkraft-Bewegung:

Bereits seit den 1950er Jahren auf lokaler Ebene entstanden, gehört die Anti-Atomkraft-Bewegung zu den langlebigsten Protestformationen der Bundesrepublik (S. 161) Die befragten Aktivisten sind überwiegend über 45 Jahre alt und vorwiegend männlich. Die Bewegung ist geprägt durch feste Strukturen und beinahe professionelle Bewegungsorganisationen, vielfach erprobte Handlungsabläufe, fachliche Arbeitsteilung und enge Vernetzung.

- Angesichts einer kritisierten starken Verschränkung von Wirtschaft und Politik und einer damit verbundenen Durchsetzung von Wirtschaftsinteressen verstehen sich die Aktivisten „als eine Art bürgerschaftlicher Motor für den organisierten Ausgleich“ (S. 171).
- Dominant ist das „Graswurzelpinzip“, d.h. die Widerständigkeit im Lokalen: „Aus dem Widerstand hat sich eine kritische wie aktive Zivilgesellschaft gebildet, es haben milieuübergreifende Solidarisierungsprozesse stattgefunden, und es wird immer wieder betont, dass ein regional spezifischer Gemeinschaftsgeist daraus

erwachsen sei.“ (S. 173) Für das Forscherteam offenbart sich hier ein starker Kontrast zwischen einem den – gerade bei den Castor-Transporten – zyklisch erneuerten Massenprotest mit Hilfe hochprofessioneller Bewegungsorganisation, Vernetzung und Medienarbeit und andererseits einer Verklärung des „guten Lebens“ im lokalen Mikrokosmos (S. 174).

Occupy-Bewegung:

Die im Juli 2011 aus Kanada initiierte Aktion #occupywallstreet und das für 2 Monate bestehende New Yorker Camp hatten nicht nur in den USA, sondern auch in Europa enorme Resonanzen, verstärkt durch eine zunächst sehr hohe mediale Aufmerksamkeit. In Deutschland. Eine große Zahl „systemkritischer“ Gruppen v.a. des linken Spektrums, darunter auch bundesweite Akteure wie Attac oder Campact, trugen zur Mobilisierung bei. Die Errichtung von Camps, v.a. in Frankfurt, aber auch in Düsseldorf, Kiel oder Berlin war die zentrale Aktionsform. Eine international praktizierte, in Deutschland nur bei öffentlichen Versammlungen praktizierte Aktionsform ist das „menschliche Mikrophon“ (Human Mic): Die Gruppe wiederholt passagenweise das vom Redner gesagte im Chor und verstärkt es somit (S. 192). Eine besondere Redekultur bestimmt die Diskussionen (S. 204). Da sich die Camps in den Großstädten auch zu sozialen Brennpunkten entwickelten, wurden sie für wichtige Aktivisten vor Ort zunehmend als Belastung empfunden.

- Die befragten Aktivisten kamen aus drei Gruppen: Jung-Aktivisten unter dreißig Jahre, bewegungserprobte Alt-Aktivisten sowie eine sehr heterogene dritte Gruppe, zu der u.a. „freie Künstler, Weltreisende, Esoteriker, Handwerker auf Durchreise sowie Obdachlose, Drogenabhängigen und andere Heimatlose“ (S. 188f.) zählen.

- Etwa die Hälfte der Teilnehmer an den Fokusgruppen, v.a. die unter 35jährigen, sind mit Occupy erstmals politisch aktiv geworden. „Besonders diejenigen unter fünfundreißig äußerten sich uns gegenüber euphorisiert, welche hohen Stellenwert die Bewegung in ihrem Leben einnehme ... So fühlt man sich auch mit seinen Freunden als Teil einer globalen Bewegung, in der Bilder vom Tahirplatz und dem Zucotti Park das eigene Engagement zusätzlich bestätigen. Bei manchen entstand so auch ein überhöhtes Selbstbild.“ (S. 214f.)

- Weithin geteilt wird die Kritik an einer vom Rest der Gesellschaft abgekoppelten politischen Klasse und einer zu starken Verschränkung von Staat und Wirtschaft.

- Gefordert werden mehr Mitsprache und Transparenz, direktdemokratische Verfahren und internetgestützte Beteiligungsverfahren (S. 207f.). Gegenüber der

Mehrheitsdemokratie erfährt der Begriff „Konsens“ mit seinen Konnotationen „Gemeinschaft, Gleichheit, Achtung und Respekt“ sowie dem Schutz von Minderheiten eine besondere Aufwertung (S. 208).

Die Anti-Euro-Proteste:

Die Euro-Krise führt im Jahr 2013 zu hektischen Spekulationen der Meinungsforscher über die Chancen einer europakritischen Partei in der kommenden Bundestagswahl. Bereits im Herbst 2011, so die Forschergruppe, sei deren Potential bei rund 40 Prozent eingeschätzt worden. Die Gefahr einer demagogischen Instrumentalisierung ist gerade bei diesem Thema sehr hoch. Das heterogene Protestspektrum, aus dem die Gesprächspartner gewonnen wurden, reicht von der Bundesvereinigung Freier Wähler über den „Liberalen Aufbruch“ bis zur Hayek-Gesellschaft. Doch im weiteren Umfeld finden sich auch die Mont Pelerin Society, der Bund der Steuerzahler und Mehr Demokratie (s. 219 ff.):

- Auch in diesen Protesten überschreitet der Frauenanteil der Befragten kaum die 15 Prozent. Es dominieren technische und wirtschaftswissenschaftliche Bildungswege, häufig handelt es sich um mittlere Angestellte aus dem Dienstleistungssektor (S. 226).
- die „Befragten erdenken ... Lösungsszenarien, die mitunter eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte und Banken beinhalten. Jedoch zweifeln sie nicht an der Funktionsweise der Wirtschaft an sich und folgen gewissen Grundannahmen, wie beispielsweise dem von Deutschland verfolgten Diktum fiskalpolitischer Strenge.“ (S. 230)
- Vor allem bei den Freien Wählern, bei denen drohende Statusverluste im untersuchten Protestspektrum von zentraler Bedeutung sind, wird das Problem bei den abgehobenen „Berufspolitikern“ verortet, die in den 17 Euro-Staaten die Problemlösungen unter sich beraten (S. 237).

Satirische Protestgruppen:

Die „PARTEI“ unter ihrem Bundesvorsitzenden, dem ehemaligen Titanic-Chefredakteur Martin Sonneborn, ist mit 10.000 Mitgliedern die siebtgrößte Mitgliederpartei der Bundesrepublik. Die „Front Deutscher Äpfel“ ist ein lose organisiertes satirisches Bündnis gegen Rechtsextremismus.

- Die Gesprächspartner sind „fast ausschließlich männlich und besitzen eine überdurchschnittlich gute Ausbildung (Abitur und höher). Sie sind vorwiegend selbstständig tätig, arbeiten freiberuflich oder studieren noch“ (S. 255). Bei der

Äpfelfront stellen Schüler die Kerngruppe der Organisation, Kommunikation und Mobilisierung, bei der PARTEI dominieren die Dreißig- bis Fünzigjährigen.

- Während bei der Äpfelfront die Aktivisten in eine Vielzahl von Initiativen und Netzwerken gegen Rechtsextremismus eingebunden sind, sind die Aktivisten der PARTEI abseits der Satire in fast keinem politischen Engagement parallel aktiv (S. 259).
- Die Partei ist insbesondere auch für die Gruppe der Nichtwähler eine Möglichkeit, die Stimme gegen das politische Establishment zu erheben: „Die Ursache für die satirische Inszenierung besteht in einer empfundenen Ohnmacht gegenüber gesellschaftspolitischen Abläufen. Das ist die Kehrseite des subversiven Selbstverständnisses.“ (S. 264)

Internetproteste:

Die für Politik und Öffentlichkeit zunächst überraschend hohe Mobilisierung zunächst gegen das sog. „Zugangerschwerungsgesetz“ 2009 und dann im Februar 2012 vor allem gegen das – an den Protesten von über 100.000 Menschen in 55 deutschen Städten gescheiterte – multilaterale Handelsabkommen ACTA mit seinen umfassenden Schutzmaßnahmen des Urheberrechts gegen Produktpiraterie, das als massive Gefährdung bestehender Kommunikationsfreiheiten im Internet kritisiert wurde, sind Gegenstand der abschließenden Bereichsanalyse. Bei Internetprotesten, so die Autorengruppe, sei zu unterscheiden zwischen Protesten, bei denen das Internet als Medium des Protestes dient („Protest „an sich“), und solchen, bei denen originäre „netzpolitische Anliegen wie die Aufrechterhaltung der bestehenden Netzstrukturen und -kulturen“ (S. 270) im Zentrum stehen (Netz „für sich“).

- Die befragten Aktivisten stammen aus bildungsnahen Gruppen, verfügen über Programmier- oder Digitaldesignkenntnisse oder einen soziale- bzw. geisteswissenschaftlichen Hintergrund.
- Die jüngeren Aktivisten sind „Digital Natives“ und möchten ihre eigene Alltagskultur verteidigen, bewegen sich souverän im Internet und übernehmen gleichsam „nebenbei und ohne eigene Konflikterfahrungen mit dem Staat ... einen Teil der typischen bürgerrechtlichen Kritikelemente“ (S. 277); für diese Gruppe ist eine tiefe Politikverdrossenheit („Spielball der Lobbyisten“ in Verbindung mit Forderungen nach Transparenz und Basisdemokratie prägend (S. 285f.).
- Eine ältere Gruppe der Aktivisten in diesem Feld hat sich auf das Internet eher instrumentell bezogen und verfügt über eigene Erfahrungen mit den konventionellen

Formen der Protestmobilisierung (S. 278); diese Gruppe hegt erhebliche Zweifel an einer manipulativen und unberechenbaren Basisdemokratie (S. 287).

- Ein „ideologischer Überbau fehlt den Internetaktivisten, zumindest äußern sie ihn nicht explizit. ... In der Folge mangelt es an weitergehenden Ansätzen, an gesamtgesellschaftlichen Visionen oder Perspektiven. Der Protest ist situativ, kurzzeitig und wenig nachhaltig. Nur eine kleine Gruppe von Aktivisten ist an langfristigem Engagement interessiert“ (S. 296).

In der Trägergruppe des Protest, so Franz Walter in seiner abschließenden Bilanz, finden sich „auffällig viele Hausmänner, Teilzeitangestellte, Freiberufler, Schüler, Pastoren, Lehrer und – ganz besonders Vorrueheständler, Rentner und Pensionäre. ... Zugespitzt formuliert: Der Protest in Deutschland findet im Milieu der Kinderlosen statt, genauer: bei denen, in deren Haushalt ein unter achtzehn Jahre alter Nachwuchs nicht (mehr) lebt“ (S. 302f.). Geprägt von eigenen Erfahrungen mit unkonventionellen Protestformen, protestieren heute vornehmlich „Bürger mit hoher Bildung, ordentlichem Einkommen, vielseitigen sozialen Kontakten (und) anspruchsvollen Berufstätigkeiten“ (S. 307). Es fehlen, so Walter, weitgehend die „ehrbaren kleinen Leute“: „Die neue Partizipationsdemokratie fördert keineswegs die zivilgesellschaftliche Integration, sie öffnet vielmehr die Schere zwischen ‚unten‘ und ‚oben‘ noch mehr, vertieft also die soziale Ungleichheit, statt sie einzudämmen.“ (S. 309) Sichtbar werde ein von Männern dominierter „Partizipationslobbyismus“ (Ausnahme: der Bereich Bildung und Schule), um „jenseits von allgemeinen und gleichen Wahlen und den daraus resultierenden parlamentarischen Repräsentationsmechanismen die exklusiven Interessen der sie tragenden, zuwendungsfähigen Bürgertum-Milieus durchzusetzen“ (S. 311).

Protest, so Walter, fördere zwar im Falle des Erfolgs die Systemzufriedenheit in der Demokratie. Auffällig sei jedoch eine wachsende Distanz gegenüber den intermediären Strukturen der Demokratie. In der „plebiszitären Grundsympathie“ lauere nicht bei wenigen die „autoritäre Versuchung“ (S.323). Proteste seien durchaus ein wichtiges Frühwarnsystem der Demokratie, doch sei ein Mehr an Bürgerbeteiligung aktiv beteiligt an einer zunehmenden Komplizierung und Langwierigkeit von Entscheidungsprozessen und einem wachsenden Unmut zivilgesellschaftlicher Subsysteme an Langsamkeit, Unschärfe und Kompromisshandwerk der Politik (S. 332). Auf dem Vormarsch sieht Walter mit Blick auf die in einigen Bereichen stark vertretenen Ingenieure einen „Kult des ‚Experten‘“ und ein neues Zensussystem, in dem „kleine oligarchische Zirkel von Honoratioren des Sachverstands und Führungskader hochspezialisierter Fachkenntnisse die Dinge regeln“ (S. 333). Zudem seien die „dunklen Seiten“ der Zivilgesellschaft („Dünger für jakobinischen Rigorismus von links und faschistische Raserei von rechts“) im

historischen Rückblick nicht zu übersehen (S. 334). Proteste könnten die Gruppe der „Verdrossenen“ und die der „Empörten“ zu neuen, für die Demokratie auch gefährlichen Allianzen treiben (S. 335).

Die Perspektive der „Demokratisierung repräsentativer Demokratien“, so Walter, unterschätze daher die Anforderungen, eine neue Balance zwischen Wahlen und direktdemokratischen Beteiligungsformen zu finden, die durch Proteste eingefordert werden. Aber das sich in den Protesten ausdrückende Misstrauen könne auch „Ausgangspunkt für Gegenbewegungen (sein), welche Unzufriedenheit in neue Ideen und Entwürfe transferieren. Wir werden sehen“ (S. 337).

Einige irritierende Schlussfolgerungen

Auch wenn Walter am Ende eine ergebnisoffene Entwicklung konzediert, ist seine Bewertung der Analysen doch teilweise irritierend. Trotz einer nur sehr relativen sozialstatistischen Aussagekraft der angewendeten qualitativen Methodik behandelt er die nur für die ausgewählten Gesprächspartner der Studie geltenden Daten so, als seien sie repräsentativ. Dies ist freilich eine empirische Frage und die in den vorgelegten qualitativen Studien gegebenen Verteilungen lassen sich durch quantitative Studien ja gut überprüfen. Die untersuchten Protestfelder sind darüber hinaus zu heterogen, um derart allgemeine Schlüsse ziehen zu können, wie Walter das tut.

Der von Walter artikulierte Alarmismus gegenüber einer sich bei den Bewegungsaktivisten abzeichnenden neuen Expertokratie ist insofern überraschend, als wir derzeit in Folge der europäischen Finanzkrise in der repräsentativen Demokratie ja gerade eine in ihren Konsequenzen bedrückende Herrschaft technokratischer Experten wie auch neue Dimensionen exekutiven Durchregierens und entsprechender Krisenlösungsstrategien erfahren. (Wöhl 2013: 45 und 48). Hier ist mit guten Gründen von einer bereits bestehenden Krise der repräsentativen Demokratie in Europa zu sprechen.

Die Skepsis gegenüber dem von Walter und seinem Team angetroffenen wachsenden Zahlen von Ingenieuren im Protest als Hinweis für neue Expertokratien ist zudem, so Claus Leggewie (2013), eine „überzogene Stilisierung“: „Wichtiger ist dagegen etwas anderes, nämlich das interdisziplinäre Netzwerke von Bürgern, Wissenschaftlern und zivilgesellschaftlichen Pionieren transdisziplinäre Probleme als gemeinsame Aufgabe erkennen und annehmen, insbesondere den energetischen Umbau der Industriegesellschaft. Darin liegt eine echte Chance, den alten Dualismus der zwei Wissenskulturen – Geistes- vs. Naturwissenschaft – mit ihren angeblich

inkompatiblen Methodologien, Weltbildern und Politikbegriffen endlich zu überwinden.“ (Leggewie 2013: 95).

Die Kritik an den bürgerlichen Trägergruppen des Protests kann – dies gilt analog auch für die empirischen Befunde zum bürgerschaftlichen Engagement, das hinsichtlich der dominanten Trägergruppen ebenfalls ein überwiegend bürgerliches Engagement der Mittelschichten ist – keineswegs deren Beitrag für eine demokratische Entwicklung desavouieren. Vielmehr verweist sie auf die Frage der möglichen Einbindung anderer sozialer Gruppen in die Praxis von Protest wie Engagement. Der Wahlakt in der repräsentativen Demokratie ist zwar inklusiver als Protest und Engagement, doch wird er durch zunehmende Nicht- oder Protestwahl zunehmend belastet – hier setzt die Debatte um die Demokratisierung der repräsentativen Demokratie daher mit guten Gründen an.

Die hierzulande zu konstatierende deutliche Steigerung sozialer Ungleichheit hat längst ernste Folgen in einer zunehmenden Demokratieverdrossenheit (Embacher 2009), die keineswegs das Vertrauen in die altbekannten Routinen parlamentarischer Demokratie bestärken kann und auf Entwicklungsbedarfe hinweist. Insgesamt ist längst nicht nur in Deutschland ein dramatischer Rückgang der Mitgliederzahlen der Parteien zu verzeichnen. Vor diesem Hintergrund ist der in der Studie beobachtete Ausbau der Partizipationswege eher als Chance denn als Risiko für die repräsentative Demokratie zu interpretieren: „An die Stelle der Organisationsmitgliedschaft sind oft situativ bestimmte Formen der politischen Teilnahme getreten. Da auch parteipolitisch und verbandlich nicht gebundener Protest zu einer normalen Form politischer Beteiligung geworden ist, steht ein neuer Vermittlungskanal zwischen Eliten und Bürgern zur Verfügung, wobei Konflikt hier durchaus politisch integrierend wirken kann. Zudem haben sich auch institutionell neue Formen der Partizipation entwickelt.“ (Nullmeier 2013: 38)

Walter unterschätzt die auf diese Probleme antwortenden Möglichkeiten und Ansatzpunkte der Demokratiep politik, die sich nicht auf direktdemokratische Anbauten beschränken, sondern auch deliberative und assoziative Dimensionen aufweist (Roth 2011). Zudem finden sich innerhalb der repräsentativen Demokratie selber zahlreiche Ansätze einer demokratiepolitischen Reform – von Demokratisierungsprozessen in den Parteien über internetbasierte Begleitungen parlamentarischer Willensbildung bis hin zur Entwicklung des Petitionswesens.

Wie die Befunde der Studie zeigen, ist die Kritik an einer selbstbezüglichen politischen Klasse in zahlreichen Protestfeldern vorzufinden, doch belegen die Ergebnisse in den meisten Protestfeldern eben auch ein erstaunlicher Pragmatismus im Umgang mit Akteuren und Institutionen der repräsentativen Demokratie. Insofern sind Hinweise auf die – durchaus gegebenen! – dunklen Seiten der Zivilgesellschaft

mit Bezug auf die meisten der hier untersuchten Bewegungsspektren nicht angebracht, bietet dieser Pragmatismus doch im konstruktiven Sinne Ansatzpunkte einer innovativen Demokratiepoltik in Verbindung mit Engagementpolitik (Olk/ Klein/ Hartnuß 2010). Zudem sind – gerade im städtischen und lokalen Raum – die Zusammenhänge von Protest und bürgerschaftlichem Engagement in der Studie nur angedeutet: Hier gilt es in der Tat relevante mikropolitische Motivlagen (BMFSFJ 2010) mit demokratiepolitischen Mitteln zu bergen. Vor diesem Hintergrund fordern das Netzwerk Bürgerbeteiligung und das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement für die kommende Legislaturperiode die Einrichtung einer Demokratie-Enquete im Deutschen Bundestag (BBE 2013; Netzwerk Bürgerbeteiligung 2013).

Die „Doppeldiagnose eines Rückzugs aus dem politischen Engagement auf den traditionellen Wegen bei ausgebauten Partizipationsofferten ... und erhöhtem Protestengagement scheint die aktuelle Lage besser zu kennzeichnen als Thesen eines Rückzugs der Bevölkerung aus den demokratischen Prozessen.“ (Nullmeier 2013: 38) In der Tat befindet sich die repräsentative Demokratie in einer ernsten Belastungsprobe, die insbesondere durch die Entwicklung der Proteste gegen das Euro-Krisenmanagement dramatisch gesteigert werden könnten. Dort entsteht, so Frank Nullmeier, eine „Demokratie ohne Wahlmöglichkeiten, weil die ökonomisch relevanten Entscheidungen in internationalen Aushandlungsprozessen zwischen den Regierungen, den Zentralbanken und dem globalen wie nationalen Finanzsektor getroffen werden.“ (ebenda: 39) Die Grenzen nationaler Demokratiekonzepte angesichts transnationaler und globaler Herausforderungen erfordern eine eigene, tiefer gehende Untersuchung, die durch das kurze Kapitel zu den Anti-Euro-Protesten in der besprochenen Studie keineswegs ersetzt werden kann. Dies gilt auch für die Occupy-Bewegung und insgesamt für globalisierungskritische Bewegungen.

Mehr Bewegungsforschung!

Soziale Bewegungen als Kollektivakteure und deren Protestnetzwerke sind nicht Gegenstand dieser Studie. Quantitative Methoden (von repräsentativen Befragungen bis zur Protestereignisanalyse über die Auswertung von Zeitungsberichten) kamen nicht zur Anwendung (S. 16/17). Im Fokus der rezensierten Untersuchung steht die individuelle Ebene des Protestes, die biographische Prägung der einzelnen Akteure und ihre Motivationen. Damit leistet der gewählte Forschungsansatz einen ergänzenden Beitrag zu einer hierzulande insgesamt nur schwach etablierten sozialen Bewegungsforschung, die mit Hilfe komplexer Methodologien und auf Grundlage quantitativer Ansätze wie historischer Kontextualisierung die politischen Gelegenheitsstrukturen des Protests, seine Organisationsformen und

Mobilisierungspotentiale, die zugrunde liegenden Deutungsstrategien („Framing“) oder auch die für soziale Bewegungen konstitutiven Prozesse der Ausbildung kollektiver Identitäten untersuchen (zum Forschungsverständnis siehe Walk 2013 sowie die Homepage des derzeit in Gründung befindlichen Instituts für Protest- und Bewegungsforschung in Berlin unter protestinstitut.eu). Die Studie des Göttinger Teams hat in jedem Fall die Notwendigkeit einer vertieften Diskussion über Proteste und Bewegungen auch in Zukunft deutlich gemacht.

Dr. Ansgar Klein, Geschäftsführer des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement und Herausgeber des Forschungsjournals (Neue) Soziale Bewegungen

Kontakt: ansgar.klein@b-b-e.de

Quelle

Das Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 26. Heft 2/2013, Verlag Lucius & Lucius Stuttgart, siehe <http://www.forschungsjournal.de/>

Literatur

BBE 2013: Engagementpolitische Impulse des BBE, <http://www.b-b-e.de/index.php?id=14380>

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 2010: Freiwilligensurveys 2009 - Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004-2009, <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen,did=165004.html>

Eder, Klaus/ Braun, Sebastian, Klein, Ansgar/ Strachwitz, Rupert Graf 2013: Arbeitspapier zur Vorbereitung eines Antrags zur Einrichtung eines Interdisziplinären Zentrums an der Humboldt-Universität zu Berlin mit dem Titel Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung (ZfZ), Berlin, Februar 2013.

Embacher, Serge 2009: Demokratie! Nein danke? Demokratieverdruss in Deutschland, Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf.

Institut für Demokratieforschung 2013: <http://www.demokratie-goettingen.de/aktuelles/studie-burgerproteste-in-deutschland>

Institut für Protest- und Bewegungsforschung (IPB) 2013: Verein und Institut für Protest- und Bewegungsforschung in Gründung, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 26. Heft 1, S. 86-90 und <http://protestinstitut.eu/>

Klein, Ansgar/ Schwalb Lilian 2013: Engagementforschung als Teil der Zivilgesellschaftsforschung. Eine Forschungsagenda im Ausgang vom Engagementbericht der Bundesregierung, Gutachten des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin.

Leggewie, Claus 2013: Die Stunde der grünen Ingenieure, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 4/13, S. 91-95.

Netzwerk Bürgerbeteiligung 2013: <http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/ueber-das-netzwerk/leitidee/>

Nullmeier, Frank 2013: Transformationen demokratischer Staatlichkeit, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 26. Heft 1, S. 32-41.

Olk, Thomas/ Klein, Ansgar/ Hartnuß, Birger (Hg.) 2010: Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe, VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Roth, Roland 2011: Bürgermacht. Eine Streitschrift für mehr Partizipation, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 1229.

Wöhl, Stefanie 2013: Die „Krise“ der repräsentativen Demokratie in Europa. Demokratietheoretische und politikfeldbezogene Reflexionen, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 26. Heft 1, S. 42-50.